

Hausarbeit

zur Vorlesung der Politikwissenschaften

„Einführung in die soziale und politische Entwicklung Deutschlands seit 1945“

bei Herrn Prof. Dr. Frank Nullmeier (Wintersemester 2004/05)

Die Rolle der Medien in modernen Gesellschaften

Eingereicht und downloadbar von

www.Terragon.de

Abgabetermin : 15. Juni 2005

Inhaltsverzeichnis

I) Einleitung

II) Hauptteil

Teil 1 : Medien und öffentliche Agenda

- öffentliche Agenda
- Einflüsse der Medien auf die öffentliche Agenda

Teil 2 : Medien und Medienagenda

- Funktionen der Medien
- Problematische Aspekte

Teil 3 : Chancen des Internet

III) Fazit und Ausblick

IV) Literaturverzeichnis

I) Einleitung

In dieser Hausarbeit beschäftige ich mich mit den Einflüssen der Medien und der Medienagenda auf das, was man im Allgemeinen als "Volkswillen" bezeichnet, nämlich die öffentliche Agenda, in modernen demokratischen Gesellschaften.

Vor allem sind hier die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen interessant, in denen sich die Medien bewegen und von welchen sie wiederum beeinflusst werden. So ist die Tendenz zur Privatisierung eine entscheidende Entwicklung, welche die Medienindustrie abhängig von anderen Industriezweigen machen kann, da sie sich vor allem durch deren geschaltete Werbung finanziert.

Auf die verschiedenen Varianten der Medien (Printmedien, Fernsehen und Hörfunk) gehe ich bewusst nicht ein, da eine speziellere Aufteilung die Darstellung nur komplizierter machen würde, an den theoretischen Überlegungen jedoch nichts verändert.

Der Begriff "Medien" soll in dieser Arbeit jede Form von Berichterstattung beinhalten, die sich auf ein Massenpublikum bezieht und von einer relativ geringen Zahl von Menschen ausgesendet wird.

Das Internet als neuestes "Medium" wird hier in Teil 3 relativ knapp betrachtet, da es sich durch seine dezentrale Struktur (theoretisch zumindest) grundlegend von der, der klassischen Massenmedien unterscheidet und von daher nicht in diese Kategorie fällt.

(Praxis : Sofern man sich auch im Internet ausschließlich auf den Online-Präsenzen der großen Massenmedien bewegt (spiegel.de, tagesschau.de etc...), kann man das Internet auch in die Betrachtungen zu den Massenmedien einbeziehen.)

Im ersten Teil möchte ich die grob die Verbindung zwischen Medien und Öffentlichkeit darstellen, um dann in Teil 2 auf die genaueren Funktionen der Medien eingehen zu können und diese gegebenenfalls zu hinterfragen.

Teil 1 : Medien und öffentliche Agenda

Die öffentliche Agenda

Hinter dem Begriff der öffentlichen Agenda verbirgt sich die allgemeine Thematisierung von bestimmten Themen innerhalb der Bevölkerung eines Staates.

Eine konkretere Definition liefert Martin Löffler : "...die während eines gewissen Zeitraums in einem größeren, individuell nicht bestimmten Teil der Bevölkerung vorherrschende übereinstimmende Ansicht bzw. Einstellung zu Personen, Ereignissen oder Zuständen."
(Löffler 1955)

Im Gegensatz zu der politischen Agenda und der Medien-Agenda lassen sich die Gesprächsthemen der Öffentlichkeit relativ schlecht bestimmen und messen. In der Regel werden diese Informationen über empirische Umfragen ermittelt, die in regelmäßigen Abständen von den großen Meinungsforschungsinstituten durchgeführt werden.

Da es innerhalb eines Staates viele unterschiedliche Interessengruppen gibt, die jeweils ganz unterschiedliche Themen für Wichtig erachten, ist es schwierig "die eine einzige öffentliche Agenda" für einen ganzen Staat zu bestimmen.

Vielmehr ist es notwendig die jeweils von den Interessengruppen abhängigen Wirkungsmechanismen zu durchleuchten, die zu einer öffentlichen Meinung führen.
(Gallus 1998, S. 10ff.)

Trotz der vielschichtigen Unterschiede, ist es für die Gruppierungen innerhalb einer Gesellschaft notwendig, sich auf eine gemeinsame Kommunikationsbasis zu einigen, welche das Zusammenleben im Alltag erleichtern und positiv beeinflussen kann.

So liefern erfahrungsgemäß die allgemeinen Themengebiete Sport und Politik einen großen Teil des Stoffes der alltäglichen Diskussion in der Öffentlichkeit. Während der Sport meist nur der allgemeinen Geselligkeit dient, so bewegt sich politischer Informationsaustausch auf einer oftmals anspruchsvolleren Ebene, auf der sich individuelle Überzeugungen, durch den Austausch von Meinungen und Ansichten, entwickeln und ausdifferenzieren können.

Jeder Bürger ist durch politische Vorgänge direkt oder indirekt betroffen und somit durchaus interessiert sich mit anderen Menschen darüber auszutauschen, sie zu kritisieren oder die Politik zu loben. All jene Themen, die in diesen Gesprächen besprochen werden, könnte man also in einer "öffentlichen Agenda" auflisten und auswerten.

Wie nun diese öffentliche Meinung jeweils zustande kommt, versucht man theoretisch mit 2 maßgeblichen Konzepten zu erklären. Nämlich zum einen dem sogenannten Elitekonzept, bei

dem man davon ausgeht, dass die Meinungen der Öffentlichkeit im Wesentlichen von einer politisch gebildeten Gruppe geformt und dann auf die gesamte Gesellschaft übertragen wird, sowie dem ihm gegenüberstehenden Integrationskonzept, nach welchem es dem Einzelnen nicht möglich ist, sich geistig aus der Gesellschaft zu erheben, sondern nach dem er sich zwangsläufig an der Meinung um ihn herum orientieren muss und diese nur relativ geringfügig verändern wird. (Noelle-Neumann 1994, S. 366ff.)

In der Praxis wird man eine Mischung aus beidem vorfinden, wobei es bestimmte einflussreiche Menschen gibt, die eher nach dem ersten, sowie nicht so Einflussreiche Menschen, die eher nach dem zweiten Konzept an diesem Meinungsbildungsprozess partizipieren werden.

Wichtig ist die Kenntnis über die öffentliche Agenda in unseren repräsentativen Demokratien vor allem deshalb, weil das Volk an politischen Vorgängen und Entscheidungen faktisch nicht direkt teilnehmen kann. Die Politik wird deshalb in bestimmten Perioden von dem Volke gewählt, um es angemessen zu repräsentieren und dessen allgemeine Interessen und Vorstellungen möglichst gut umzusetzen und in konkrete Entscheidungen umzuwandeln. Dass die Politik hierbei an die öffentliche Agenda bzw. an den Volkswillen gebunden ist, legt in Deutschland der 20. Artikel des Grundgesetzes fest, nach dem alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

Es ist in einer modernen Gesellschaft, die sich durch schnellen Wandel und zügige Entwicklungen in allen Bereichen auszeichnet, von äußerster Wichtigkeit für die Politik, den Volkswillen nicht nur alle 4 Jahre bei den Wahlen, sondern ihn kontinuierlich zu erfahren und auszuwerten. Der dafür notwendige Informationsaustausch zwischen Volk und Politik ist ein essentieller Bestandteil jeder Demokratie. Wolfgang Rudzio sieht in der offenen Kommunikation innerhalb einer Gesellschaft gar einen Indikator für die Qualität der Demokratie an sich. (Rudzio 2000, S.483)

Institutionell findet politischer Austausch und politische Meinungsbildung vor allem im Bildungssystem, in Vereinen, Interessenverbänden, Parteien etc. statt.

Nun könnte man die Medien direkt in diese Liste der meinungsbildenden Institutionen aufnehmen, mit dem Unterschied jedoch, dass der Einzelne sich bei den erstgenannten Institutionen direkt selbst mit einbringen kann und bei letzterem nur noch passiv zu konsumieren braucht, bzw. sich faktisch garnicht selber einbringen kann.

Dass hier ein elementarer Vorteil bei dem relativ neuen Medium Internet liegt, scheint offensichtlich. Hier hat jeder Bürger Zugang zu wichtigen Informationen und gleichzeitig die Möglichkeit, sich aktiv zu beteiligen.

Welche Folgen, Vorteile oder Nachteile das hat, wird in Teil 3 näher erläutert.

Einflüsse der Medien auf die öffentliche Agenda

In den theoretischen Überlegungen zu den beiden Konzepten (s.o.) haben die Medien folglich auch einen sehr unterschiedlichen Stellenwert, bzw. eine sehr unterschiedliche Funktion und Wirkung auf die öffentliche Meinung.

In Bezug auf die Theorie des Elitekonzeptes haben Medien die Eigenschaften einer Gruppe von Menschen, die bestimmte Meinungen und Meinungsbilder relativ selbstständig über die verschiedenen Sender an die Masse der Gesellschaft verbreiten und durch ihre Ausstattung an Fachkenntnissen und Fachpersonal (zum Beispiel berufliche Korrespondenten, Redakteure oder Gäste aus den unterschiedlichen Fachbereichen), zu einer eher rational-fachlicheren Meinungsbildung beitragen, als es im Integrationskonzept der Fall ist.

Denn im Integrationskonzept werden die Medien nicht als eine sich aus der Masse abhebende Instanz (Elite) gesehen, sondern sie sind hier an die Volksmeinung gebunden und haben auf diese nur einen geringeren Einfluss. So ist es hier lediglich ihre Aufgabe, bestimmte Themengebiete aufzugreifen, zu vertiefen und ihnen eine bestimmte Wichtigkeit zuzuweisen. (Gallus 1998, S.28)

Es fällt hier also schon schwer, den aktuellen Stand der Medien in der Gesellschaft eindeutig zu definieren und ihren Einfluss auf die vorherrschende öffentliche Agenda zu bestimmen.

Was jedoch klar festzustellen ist, ist dass "der Prozess der Politikvermittlung für einen Großteil der Bevölkerung von den Massenmedien dominiert wird" (Marcinkowski 1997, S.22), was im Klartext bedeutet, dass die Menschen sich nicht überwiegend direkt, sondern überwiegend indirekt durch die Medien über Politik informieren.

So wird in Umfragen innerhalb der Bevölkerung immer wieder deutlich, dass Informationen über Politik im Wesentlichen aus Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehen aufgenommen werden. Diese Tatsache führt dazu, dass sich die öffentliche Agenda im wesentlichen an der Medienagenda orientiert (bzw. mit ihr wechselwirkt), wobei sie aber nicht als identisch anzusehen sind. Es besteht beim Zuschauer auch beim Medienkonsum ein selbstständiger Antrieb sich zu informieren und die gesehenen Informationen werden individuell von jedem anders verarbeitet und aufgearbeitet, was zum Teil zu erheblichen Interpretationsunterschieden führen kann. (Marcinkowski 1997, S.22ff.)

Wie mediale Inhalte genau verarbeitet werden und welche Manipulationsmöglichkeiten sich aus massenmedialen Systemen ergeben ist jedoch Sache des Fachbereiches Psychologie.

Teil 2 : Medien und Medienagenda

Funktionen der Medien

Die Hauptfunktion der Medien ist - neben der allgemeinen Unterhaltung durch Spielfilme oder ähnliche Programme - sicherlich die Vermittlung von Informationen der an der Politik beteiligten Gruppen an die Wählerschaft.

Dies sind oftmals Informationen über Forderungen, Ziele und politische Programme der Parteien und Verbände, die dem Wähler als Grundlage für seine nächste Wahlentscheidung dienen soll. (Stöckler 1992, S. 31)

Darüber hinaus ist es im Interesse der Politik, über aktuelle Entwicklungen und Veränderungen zu informieren und in diesem Zusammenhang die Akzeptanz für bestimmte Ideen (oder Problemlösungsvorschläge) der Parteien zu vergrößern, oder das Interesse des Wählers auf bestimmte Themengebiete zu lenken.

(Dies kann natürlich positiv wie im negativ genutzt werden. So lässt sich auf diese Weise z.B. auch von wichtigen und schwierigen Problemen ablenken, von denen die Politik nicht möchte, dass sich das Volk Gedanken drüber macht)

Zusammenhängend mit der reinen Vermittlung von Informationen, ist es für die Medien eine wichtige Aufgabe, die Flut von komplexen Vorgängen Tag für Tag zu verarbeiten und für den Zuschauer zu aggregieren bzw. dem Zuschauer zusammenfassend darzustellen, aber es trotzdem möglich zu machen, dass sich Vertreter möglichst vieler Gruppen gehör in den Medien verschaffen können. Auf diese Weise soll die Repräsentanz verschiedener Gruppen innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft gesichert werden. (Stöckler 1992, S. 32)

Es besteht also ein gewisser Konflikt zwischen Meinungsvielfalt und Komplexität auf der einen, sowie begrenzter Aufnahmefähigkeit der Empfänger und damit verbundener notwendiger Aggregation auf der anderen Seite.

Aktuell ist neben der sachlichen Informationsvermittlung ein Trend zu personifizierter Vermittlung zu beobachten. Sei es die neue Sitte, vor Wahlkämpfen ein "TV-Duell" zwischen den Spitzenpolitikern der großen Parteien zu inszenieren, in denen sie sich in wenigen Minuten Sendezeit möglichst markante politische Schlagworte zuwerfen müssen und dabei besonderes Augenmerk auf die von den eigentlichen Inhalten ablenkenden Gesten, Verhaltensweisen etc. gelegt wird, oder sei es durch eine kürzlich gedruckte Schlagzeile der auflagenstarken Tageszeitung "BILD", in der ausgesagt wurde, der derzeitige Außenminister sei "zu Fett" für einen erfolgversprechenden Wahlkampf, wobei man in dem Verlag

anscheinend davon ausgeht, dass ein Mensch der äußerlich einen fülligen Eindruck macht, den Eindruck beim Wähler weckt, nicht in der Lage zu sein, gute Politik zu machen.

Ob diese These über die Bewertung der Politiker psychologisch gesehen wahr oder falsch ist (ob man also tatsächlich anhand des Aussehens oder der Gestik sagen könnte, ob jemand bestimmte Fähigkeiten stärker oder weniger ausgeprägt hat), lässt sich in einer rein politikwissenschaftlichen Arbeit leider nicht näher ergründen.

Die Eigenleistung der Medien besteht nicht nur aus dem aggregieren von Informationen, wie wir es eben angesprochen haben, sondern sie geht darüber hinaus und wird oftmals von einer reinen vermittelnden Instanz zu einer kritischen und kontrollierenden Instanz.

(Rudzio 2000, S. 500ff.)

Um diese kritische Haltung zu gewährleisten, gibt es im deutschen Grundgesetz den Artikel 5, der jedem Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung einräumt. Selbstverständlich gilt dieses Recht auch für Medien; also die sog. Medienfreiheit :

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden nicht gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre."...

Durch die Möglichkeit sich öffentlich kritisch zu äußern und bestimmte Vorgänge kritisch zu hinterfragen, werden die Medien - auch auf Grund ihrer großen Adressatenzahl - zu einer elementaren Kontrollinstanz innerhalb des demokratischen Systems. Hierbei soll es im Wesentlichen nicht darum gehen, das politische System immer wieder zu attackieren oder in Aufruhr zu versetzen, sondern der Sinn und Zweck dieser Kontrolle ist durchaus positiv für das gesamte System zu sehen, da auf diese Weise Fehler leichter entdeckt und ausgebessert werden können und Missstände im Idealfall rechtzeitig erkannt und aufgeklärt werden können. (Stöckler 1992, S. 27)

Betrachtet man die deutsche Parteiendemokratie, so kann einem auffallen, dass die Einflussmöglichkeit des Volkes sich auf die Wahl der Regierung bzw. des Parlamentes beschränkt. Eigentlich sind die Parlamentarier nur ihrem Gewissen und dem Volke

verpflichtet, was jedoch durch die Parteienzugehörigkeit oftmals nicht mehr gewährleistet ist. (Löffler 1955)

Somit ist die eigentliche Gewaltenteilung in gesetzgebende Legislative, ausführende Exekutive und rechtsprechende Judikative nicht mehr eindeutig zu erkennen. Vielmehr scheinen die Regierungsmehrheit, die Opposition und die Justiz die Gewalten unter sich aufzuteilen.

Hierbei ist es wichtig zu bemerken, dass sich die faktisch reale Macht nicht auf alle 3 Instanzen gleich verteilt, sondern dass das Gewicht hier bei der amtierenden Regierungsmehrheit liegt, also bei der Exekutive. (Stöckler 1992, S. 66)

Unter diesen faktischen Umständen, scheint es sinnvoll, einer weitere Macht zu schaffen, welche die Arbeit der Exekutive neben der Opposition kontrollieren kann.

Für genau diese Tätigkeit scheinen die Medien hervorragend geeignet zu sein, da sie zum Einen per Grundgesetz die Meinungsfreiheit gesichert haben und sie zum anderen von der Staatsgewalt unabhängig sind. Dass dies auch tatsächlich so ist, wurde historisch durch das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen bestätigt. (Löffler 1955)

Problematische Aspekte

Massenmedien sind seit ihrer Entstehung vor allem darauf angelegt worden, Informationen - zum Beispiel von der Politik- zu verbreiten und der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Der zweite wichtige Faktor ist die allgemeine Unterhaltung des Medien-Konsumenten.

Grade in diesem Bereich hat die Privatisierung vieler Fernseh- und Radiosender, sowie der privaten Zeitungsindustrie entscheidende Schritte in Richtung Unterhaltung gemacht.

Während die öffentlich-rechtlichen Anstalten immer eine gewisse Informations-Verpflichtung hatten, so sind die Privaten Anstalten vollkommen frei von staatlichen inhaltlichen Vorgaben. (Abgesehen von strafrechtlich relevanten Inhalten natürlich)

Sie haben als einzige Bezugsgruppen die Zuschauer als Konsumenten, sowie die Werbeindustrie als Finanzier. Je mehr Zuschauer ein Sender hat, desto interessanter wird er natürlich für die Werbeanstalten, bzw. für die werbenden Unternehmen.

Die Sender sind also in einem gewissen Grade abhängig von den Inserenten der Werbung, welche wiederum vor allem an großen Zuschauerzahlen interessiert sind.

(Rudzio 2000, S. 503)

Um ein großes Publikum erreichen zu können, ist es eine gängige Strategie der Programm-Macher, politische Inhalte mit Elementen der Unterhaltung zu kombinieren. Dass dies problematisch ist, lässt sich leicht verstehen, wenn man versteht, dass Unterhaltung in der Regel auf die Emotionen im Zuschauer gerichtet ist. Diese emotionale Vermittlung von sachlichen Inhalten erschwert (verhindert) jedoch die angemessene rationale Auseinandersetzung mit wichtigen Themen der Politik.

„Die Presse zahlt für Maximierung ihres Absatzes mit einer Entpolitisierung des Inhalts und der Tendenz zu einem mixtum compositum eines annehmlichen Unterhaltungsstoffes, der tendenziell Realitätsgerechtigkeit durch Konsumreife ersetzt.“ (Habermas 1962, S. 187ff.)

Folglich sind für den Zuschauer das sympathische Auftreten der Politiker, sowie die "überzeugendere Darstellung" entscheidungsrelevanter (für die Wahlen) als die tatsächlichen zugrundeliegenden Fakten, sowie ordentlich erarbeitete Lösungen der Probleme.

Die selektierende Auswahl von Programminhalten, bei denen die Privatsender ja Entscheidungsfreiheit haben, ist darauf ausgerichtet viele Zuschauer vor den Fernseher zu locken. Dass ein großer Teil der Menschen sich immer wieder gerne von sogenanntem Sex and Crime verführen (bzw. zum zuschauen animieren) lässt, ist bekannt und wäre an anderer Stelle neurowissenschaftlich/evolutionär gut zu erklären.

Die Zeitung "Die Zeit" hat in der Ausgaben vom 4.6.2005 einen sehr interessanten Artikel zu diesem Thema abgedruckt, aus dem hervorgeht, dass die Bevölkerung (laut Umfrage) davon ausgeht, dass sich die Kriminalität in Deutschland seit den 90er Jahren um den Faktor 3,6 erhöht haben soll. Das wären 360 % Kriminalitätszuwachs !

In der Realität bestätigen die Statistiken jedoch ganu das Gegenteil. In nahezu allen Tatbeständen des Strafgesetzbuches sind die Delikte zurückgegangen. Grade im Bereich Sexualdelikte mit Todesfolge (die in den Medien seit Jahren immer wieder gerne wiederholt und ausführlich dargestellt werden) hat sich die Zahl von 36 auf 18 Delikte pro Jahr halbiert !

Hinzu kommt, dass die Zahl der Delikte so massiv zurückgeht, obwohl die Gesetze regelmäßig verschärft werden und somit immer mehr Handlungen strafbar gemacht werden. Vermutlich wäre der Rückgang der Kriminalität noch höher, wenn man die Gesetze von vor mehreren Jahren zugrunde legen würde.

Befragt man jedoch die Bevölkerung direkt, so erscheint es einem, als ob hinter jeder Mauer ein Schwerverbrecher lauern würde, was nicht zuletzt daran liegt, dass einzelne Fälle in den Medien über Wochen und Monate hinweg immer wieder gezeigt werden und somit der Eindruck einer andauernden, ständig vorhandenen großen Gefährdung des öffentlichen Lebens bestünde.

Ähnliche Muster lassen sich in der sogenannten weltweiten Terrorismusgefahr erkennen, die ein ähnlich omnipräsentes Gefahrenpotential vermitteln (sollen).

Ob diese Gegebenheiten nun als sinnvoll oder nicht sinnvoll bewertet werden, soll hier nicht beantwortet werden, deutlich sollte jedoch werden, dass die Selektion von Inhalten in den Medien zu einer vollkommen falschen und emotionalisierten (verängstigten) Sicht der Realität führen kann, die den Medien somit eine ungeheure Macht zuschreibt, die die Inhalte der öffentlichen Meinung steuern, oder zumindest beeinflussen kann. (Gallus 1998, S. 28)

Teil 3 : Chancen des Internet

Durch die Nutzung des Internet als interaktive Plattform der Kommunikation, scheint es möglich zu werden, die einseitige Informationsvermittlung durch die Massenmedien um einen Rückkanal zu erweitern, der es dem Adressaten (technisch) ermöglicht sich aktiver zu beteiligen. Ob und wie diese Möglichkeit genutzt wird, hängt dann wiederum von den Beteiligten selber ab. Also zum einen von der Politik, in welchem Ausmaß sie interaktive Online-Angebote zur Verfügung stellt, und zum anderen von den Bürgern, wie weit sie überhaupt Interesse daran haben, sich einzubringen.

Durch diese aktive Beteiligung wäre dann auch die staatliche Handlungslegitimation gestärkt, da das Volk wieder aktiver in die Politik einbezogen werden kann.

Neben diesem (allgemein als positiv zu bewertenden) Hauptargument für die neue Technik, gibt es natürlich weitere Veränderungen, die sich normativ unterschiedlich bewerten lassen.

So fällt zum Beispiel der selektive Charakter der Massenmedien weg, was dazu führt, dass sämtliche Informationen theoretisch zugänglich sind, auch wenn sie nicht vorher redaktionell geprüft und ausgewertet wurden. Dass sich hier Potential für bewusste Falsch-Information bietet, liegt auf der Hand. Im Gegenzug ist es nun natürlich möglich, sich ohne Einschränkungen ganz gezielt über fast jedes denkbare Thema zu informieren.

Dass heutzutage noch nicht jeder Bürger mit dem Internet umgehen kann, bzw. über keinen Internetanschluss verfügt, wird zu Recht als Problem gesehen. Abhilfe wäre in diesem Bereich zu schaffen, indem man Internetcafes fördert und Online-Portale intuitiver gestaltet, als es zur Zeit der Fall ist. Ältere Menschen haben ja nicht in allen Fällen generell was gegen das Internet, sondern sie empfinden es lediglich als Überforderung, da die Technik leider noch nicht so benutzerfreundlich (für den Laien) ist, dass man einen Computer einfach per Knopfdruck einschaltet und sofort alles so funktioniert, wie man es möchte. Es bleibt abzuwarten, wie lange diese Entwicklung noch auf sich warten lässt.

Kurz gefasst sollte man dem Internet Einzug in dieses System verschaffen...

"...wenn und falls es die >Kosten< politischer Beteiligung senkt und spezielle Vorteile schafft." (Leggewie 1998, S. 35)

Diese Vorteile sind auch im Vergleich zu den derzeitigen Massenmedien zu betrachten. Hier wird es zukünftig zu einer Verschmelzung kommen, die die klassischen Medien ablösen, bzw. integrieren wird.

So ist die technische Entwicklung derzeit schon soweit Telefonie, Fernseh und Videoprogramme, Zeitung und Printmedien, Marktplätze und Kontaktbörsen ohne Probleme in einem einzigen Medium Internet zu vereinen.

Der komplette durchbruch dieser Technologie wird derzeit jedoch künstlich von Industrie und Politik verhindert, indem vor allem die erforderlichen Bandbreiten nicht flächendeckend zur Verfügung gestellt werden und die Kosten, bzw. die Bereitstellung nicht subventioniert wird. Verständlicherweise sind Subventionen als Instrument mit äußerster Vorsicht zu genießen, jedoch halte ich staatliche Zuschüsse im Bereich Internetversorgung gleichbedeutend mit Zuschüssen zum gesamten Bildungssektor.

Denn moderne Bildung wird in Zukunft verstärkt online in Form von digitalen Bibliotheken und interaktiven Videokonferenz-Lehrveranstaltungen stattfinden.

III) Fazit und Ausblick

Zusammenfassend sehe ich die Stellung der Medien in der Gesellschaft als eine wichtige Schlüsselrolle in der Verbindung von Politik und Gesellschaft.

Ohne die Einführung von Massenmedien wären moderne Demokratien mit mehreren Millionen Staatsbürgern, auf Dauer gar nicht möglich gewesen. Sie haben von Anfang an einen wesentlichen Beitrag zur Koordination und Vermittlung von der Politik an die Bürger geleistet.

Die redaktionelle und selektierende Tätigkeit der Journalisten spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Solange sie ihre Arbeit selbstständig und ohne äußere Manipulation und Zensur ausführen können, ist der Medienapparat ebenfalls ein sehr gutes Kontrollinstrument von den Bürgern gegenüber der Politik.

Problematisch zu sehen, sind bestimmte Entwicklungen zu privat finanzierten Medienanstalten, die ihre Informationsvermittlung mit Entertainment Elementen aufbereiten wollen, um auf diesem Wege dafür zu sorgen, dass viele Menschen ihre Sendung einschalten und sich somit Investoren dafür interessieren, ihre Werbeblöcke bei einem Sender zu positionieren.

Dies führt unweigerlich zu einer Verzerrung der Realität und zu einer Emotionalisierung von eigentlich rational zu bearbeitenden Problemstellungen.

Abgesehen von den Inhalten die Vermittelt werden, ist die Informationsvermittlung in lediglich eine Richtung (vom Sender zum Empfänger) als bedenklich zu sehen. Durch das Prinzip der repräsentativen Demokratie hat der Bürger ohnehin nur einen begrenzten Zugang zu den Prozessen innerhalb der Politik.

Diese Ausgrenzung führt auf längere Sicht zu einer "Politikverdrossenheit", der in Zukunft durch die interaktiven Möglichkeiten des Internet entgegengewirkt werden könnte.

IV) Literaturverzeichnis

Ellwein, Thomas: Regieren und Verwalten, Opladen 1976

Gallus, Alexander/Lühe, Marion: Öffentliche Meinung und Demoskopie, Opladen 1998

Habermas, Jürgen: Strukturwandel in der Öffentlichkeit, Neuwied 1962

Leggewie, Claus/Maar, Christa 1997: Münchner Erklärung.

Löffler, Martin: Presserecht. Kommentar zum Reichsgesetz über die Presse und zum Presserecht der Länder sowie zu den sonstigen die Presse betreffenden Vorschriften, München-Berlin 1955

Marcinkowski, Frank: Politische Information im Fernsehen, Opladen 1997

Noelle-Neumann, Elisabeth: Öffentliche Meinung, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.): Fischer Lexikon. Publizistik. Massenkommunikation, Frankfurt a. M. 1995, S. 366-382

Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2000

Stöckler, Markus: Politik und Medien in der Informationsgesellschaft, Münster 1992